Baklava toppt das Grundgesetz

Politische Bildung wird mit dem „Deutschland international"-Quiz spielerisch an Schulen vermittelt

Von Sabine Lennartz

BERLIN - Wo wurde der Döner Kebab erfunden? In Paris, Istanbul oder Berlin? Welche Sportart hat in Deutschland die meisten Sportler mit internationalem Hintergrund? Bogenschießen, Cricket oder Turnen? Solche und andere Fragen beantworten Schüler der Refik-Veseli-Schule in einem neuen Lernformat, das von der Integrationsbeauftragten Annette Widmann-Mauz (CDU) unterstützt wird. Das Quiz „Deutschland international" beantwortet spielerisch Fragen nach Demokratie und Vielfalt.

In einer Kreuzberger Gegend, in der man ohne Tattoos, blaue Haare oder schwere goldene Panzerketten auffällt, liegt die Veseli-Schule – bis vor ein paar Jahren galt sie als Problemfall. Doch sie schaffte die Wende.

Die Schüler sind sichtlich motiviert. Schulleiterin Ulrike Becker berichtet, wie die Jugendlichen selbst Handy- und Pausenregeln erarbeitet haben, wie die älteren Schüler Vorbild für die Jungen sein sollen. Die Schule ist nach Refik Veseli benannt, der während der Nazizeit als muslimischer Jugendlicher in Albanien jüdische Personen gerettet hat. Das Motto der Schule: Sei mutig, schau' hin, misch' dich ein, sei solidarisch.

Staatsministerin Annette Widmann-Mauz bei ihrem Besuch an der Refik-Veseli-Schule in Berlin-Kreuzberg. FOTO: DPA

Quer durch Deutschland

Diese Schule wurde als Startschuss für das Quiz ausgesucht, das der Projektträger Bürger Europas e.V. zusammen mit dem Stab der Integrationsbeauftragten entwickelte. Der Verein Bürger Europas will mit 200 bis 300 Veranstaltungen quer durch Deutschland ziehen, die Bundesregierung unterstützt mit 40 000 Euro dieses Vorhaben.

Zwei elfte Klassen sind an diesem Tag im Saal, und zum Auflockern fragen die Moderatoren Franka und Jeldrik erst einmal nach den Hobbys der Schüler. Özlem liebt lesen, ausgehen und schlafen, also alles im grünen Bereich für einen Teenager. Die erste Quizfrage stellt via Bildschirm Fußball-Nationalspieler Sami Khedira, der neben dem deutschen auch den tunesischen Pass hat. „Man muss zusammenhalten, um erfolgreich zu sein", ist sein Tipp. Wie viele Nationalitäten gibt es in Berlin? 39, 93 oder 193? ist seine Frage. Nur 41 Prozent fanden die richtige Antwort, es sind 193 Prozent. Der Gewinner erhält ein Autogramm des Spielers.

Immer wieder wird das Quiz unterbrochen, denn passend zu den Fragen sind auch Vertreter aus der Wirtschaft oder Gesellschaft da. Besonders beliebt macht sich Gürsel Ülber vom Verein türkischer Dönerhersteller in Europa, der Dönergutscheine für die Gewinner und am Schluss auch für alle anderen austeilt. Denn alle fünf Minuten bekommt ein Schüler, der mit seiner Fernbedienung am schnellsten die richtige Antwort ausgewählt hat, einen Gewinn. Von der Sporttasche bis zur Power Bank, vom Grundgesetz bis zum Dönergutschein. Dass der Gewinn von einem Kilo Baklava, dem schwer süßen türkischen Gebäck, die Freude über das Buch mit dem Grundgesetz übertraf, liegt auf der Hand.

Spielregeln der Demokratie

Es gibt einfache Fragen, wie jene nach „Me Too" und schwierige, etwa welches Amt die Bundesregierung im letzten Jahr neu einrichtete. Den Antidiskriminierungsbeauftragten, den Antisemitismusbeauftragten oder den Antiextremismusbeauftragten? Es war der Antisemitismusbeauftragte – und die Moderatoren Franka und Yeldrik erklären, warum solch ein Beauftragter sinnvoll ist. Auch Annette Widmann-Mauz erinnert an antisemitische und rassistische Anfeindungen in deutschen Schulen und stellt fest, dass es längst nicht an jeder Schule so gut läuft wie an der Kreuzberger. So seien in einer hessischen Schule nach dem Besuch von Buchenwald antisemitische Lieder bei der Heimfahrt gesungen worden, was zeige, dass es noch viel zu tun gibt. Welche Spielregeln gibt es in der Demokratie was leitet uns - bei diesen Fragen solle das Quiz helfen.

Wo steht das Diskriminierungsverbot? Im Grundgesetz, im Strafgesetzbuch oder in keinem deutschen Gesetz? Fast rührend ist es, als Selinay die richtige Antwort, den Artikel 3 des Grundgesetzes vorliest, nach dem niemand wegen seines Geschlechts, seiner Herkunft oder einer Behinderung diskriminiert werden darf.

Zum Schluss, auch das kommt gut an, gibt es als Belohnung noch Baklava für alle. Annette Widmann-Mauz dankt fürs Mitmachen und gesteht ein, dass auch sie noch etwas in dem Quiz gelernt habe. Sie bittet die Schüler, das Grundgesetz in Ehren zu halten.

Und wie sehen die Schüler das Quiz? „Das war toll", ist die einstimmige Antwort dreier Jungs, unter ihnen der stolze Baklava-Gewinner. Und auch Selinay und ihre Freundinnen freuen sich. Zunächst einmal, dass sie eine gute, unterhaltsame Schulstunde erlebt haben – und dann aufs Baklava.

Farage: Kein Einfluss von Trump

LONDON (dpa) - Der Chef der britischen Brexit-Partei, Nigel Farage, hat Spekulationen über eine Einflussnahme von US-Präsident Donald Trump auf seine Entscheidung zum Wahlpakt mit den Tories zurückgewiesen. Auf die Frage, ob ihn Trump zur Zusammenarbeit mit Premierminister Boris Johnson angewiesen habe, sagte er am Dienstag in einem Interview mit dem BBC-Fernsehen: „Nein, nein natürlich nicht". Das sei eine „wilde Verschwörungstheorie". Farage bezeichnete den Schritt als „einseitigen Pakt", eine Gegenleistung der Konservativen habe es nicht gegeben.

Am Montag hatte Farage überraschend angekündigt, dass sich seine Partei bei der Wahl am 12. Dezember nicht um die 317 Mandate bewerben werde, die zuletzt von der Konservativen Partei gewonnen wurden. Stattdessen wolle sie sich ganz auf die Wahlkreise konzentrieren, die im Parlament bislang von Labour und pro-europäischen Parteien vertreten werden. Die oppositionelle britische Labour-Partei ist indes nach eigenen Angaben Opfer eines komplexen und groß angelegten Cyber-Angriffs geworden. Die Wahlkampfaktivitäten seien durch den Angriff teilweise verlangsamt worden.

Kurz berichtet

Gewalttätige Proteste in Hongkong dauern an

HONGKONG/WASHINGTON (dpa) - Nach einem der gewaltsamsten Tage sind in Hongkong auch am Dienstag die Proteste und Ausschreitungen weitergegangen. Vom frühen Morgen an blockierten Demonstranten Straßen. Sie legten außerdem Teile des Nahverkehrs in der chinesischen Sonderverwaltungszone lahm. Später zogen Tausende Hongkonger durch die Straßen, um gegen die Regierung und Polizeigewalt zu protestieren. Vielerorts kam es zu schweren Zusammenstößen radikaler Demonstranten und der Polizei. Insbesondere die Gelände mehrerer Universitäten wurden am Dienstag zu Kampfzonen.

Boliviens Ex-Präsident setzt sich nach Mexiko ab

MEXIKO-STADT/LA PAZ (dpa) - Nach seinem Rücktritt als Präsident Boliviens hat sich Evo Morales ins Exil nach Mexiko abgesetzt. „Danke, dass ihr mir das Leben gerettet habt", sagte er nach seiner Landung in der mexikanischen Hauptstadt zum Außenminister des Landes, Marcelo Ebrard. Während Morales in Mexiko herzlich begrüßt wurde, steht Bolivien vorerst ohne Regierung da. Aufgebrachte Anhänger von Morales zogen durch die Straßen des Regierungssitzes La Paz und der Schwesterstadt El Alto. Medienberichten zufolge plünderten sie Geschäfte und legten Feuer. In einigen Vierteln errichteten die Bewohner Barrikaden, um sich gegen Plünderer zu schützen. Mindestens 20 Menschen wurden bei den Ausschreitungen verletzt.

EU-Staaten arbeiten militärisch enger zusammen

BRÜSSEL (dpa) - Die EU-Staaten haben eine weitere Ausweitung der ständigen militärischen Zusammenarbeit beschlossen. Bei einem Treffen in Brüssel stimmten die Verteidigungsminister am Dienstag 13 neuen Projekten zu. Unter deutscher Führung soll zum Beispiel ein Koordinierungszentrum für Cyberabwehr aufgebaut werden. Bei anderen Projekten geht es unter anderem um die Entwicklung eines unbemannten Systems zur U-Boot-Bekämpfung oder die Verbesserung der Ausbildung von Soldaten.

Tempolimit in Niederlanden soll auf 100 sinken

DEN HAAG (dpa) - Auf den niederländischen Autobahnen soll zur Senkung von Schadstoffemissionen die Höchstgeschwindigkeit tagsüber auf Tempo 100 sinken. Das habe das Kabinett am Dienstag als Teil eines Maßnahmenplans zum Klimaschutz vereinbart, berichteten die niederländische Nachrichtenagentur ANP und weitere Medien unter Berufung auf Regierungskreise.

Bekenntnis zum Militär

Vor dem Reichstag und an anderen öffentlichen Orten treten Rekruten der Bundeswehr zum Gelöbnis an

Von Carsten Hoffmann

BERLIN (dpa) - Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) stimmt die jungen Soldaten auf die Herausforderungen einer unsicheren Welt ein. „Auf Sie kommen große Aufgaben zu", sagt er den am Dienstag zum Gelöbnis vor dem Reichstagsgebäude angetretenen Rekruten der Parlamentsarmee Bundeswehr. Niemals mache sich der Bundestag die Entscheidung über einen Einsatz leicht. Die Welt sei global vernetzt und in Unordnung. Deutschland dürfe sich aber nicht wegducken. Manchmal seien auch robuste Kampfeinsätze nötig. „Ihre Entscheidung ist ein mutiges Versprechen, denn Sie verpflichten sich, im Notfall auch zu kämpfen", sagt der CDU-Politiker.

Mit feierlichen Gelöbnissen in Berlin und fünf weiteren Städten wollte die Bundeswehr am Dienstag ein Zeichen für die Verankerung der Streitkräfte in der Gesellschaft setzen. Auch in Stralsund auf dem Alten Markt, in Rotenburg/Wümme auf dem Pferdemarkt, in Mainz auf der Zitadelle, in Freyburg auf dem Schützenplatz sowie in Plön auf dem Schlosshof standen Gelöbnisse an.

„Gelöbnisaufstellung stillgestanden", schallt es in Berlin über den Platz. Stiefel knallen auf den Asphalt. Die Zeremonie ist militärisch-feierlich. Mehr als 200 Bundestagsabgeordnete, 20 Botschafter und Gesandte anderer Staaten und etwa 1200 Angehörige von Rekruten sind gekommen. Der Platz der Republik vor dem Parlamentsgebäude ist von Polizei und Feldjägern weiträumig abgesperrt – wie eine Hochsicherheitszone. Fernsehkameras laufen.

Das Gelöbnis ist also gewissermaßen halböffentlich. Unbeteiligte Bürger haben keinen direkten Zugang. In früheren Jahren gab es bei Gelöbnissen heftige und auch gewaltsame Proteste.

Etwa 400 Rekruten der Bundeswehr legten in Berlin ihr Gelöbnis ab. FOTO: DPA

Nach Aussetzung der Wehrpflicht wird eine Entfremdung zwischen Streitkräften und den Bürgern verzeichnet. Vielen Menschen scheint das Militärische fremd. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer betont am Dienstag die Bedeutung der Streitkräfte für eine freie Gesellschaft. „Unsere Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee und sie wird es bleiben, nicht nur, weil der Bundestag über ihre Kampfeinsätze entscheidet, sondern vor allem, weil unsere Bundeswehr ein wesentliches Instrument unserer wehrhaften Demokratie ist", sagt sie. „Die Bundeswehr verteidigt Deutschland gegen äußere Bedrohungen." Zeitsoldaten schwören am Dienstag, „der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen". Wer freiwilligen Wehrdienst ableistet, sagt statt „Ich schwöre": „Ich gelobe".

Kritik kommt von der Linken. Deren Verteidungspolitiker Alexandere Neu spricht von einer „umfassenden Kampagne zur Militarisierung der Gesellschaft". Dem widerspricht CDU-Verteidigungspolitiker Henning Otte: „Die Bundeswehr ist eine zentrale Säule unserer Sicherheitspolitik und ein starkes Symbol unserer Demokratie", erklärt er und bezeichnet öffentliche Gelöbnisse als Ausdruck dieses Bewusstseins.

Terrorgruppe feuert 170 Raketen auf Israel

40 verletzte Zivilisten – Israelische Armee hatte Extremistenführer getötet

TEL AVIV/GAZA (dpa) - Israel hat einen Militärchef der militanten Palästinenserorganisation Islamischer Dschihad bei einem nächtlichen Luftangriff im Gazastreifen gezielt getötet. Militante Palästinenser reagierten auf den Tod von Baha Abu Al Ata und dessen Frau am Dienstag mit massiven Raketenangriffen auf israelische Gebiete. Auch in Tel Aviv heulten mehrfach Sirenen, Explosionen waren zu hören. Die Eskalation löste international Besorgnis aus.

Nach israelischen Medienberichten wurden mehr als 150 Raketen abgefeuert, 60 davon seien vom Abwehrsystem Iron Dome (Eisenkuppel) abgefangen worden. Bei weiteren gezielten Luftangriffen im nördlichen Gazastreifen wurden nach Armeeangaben drei Dschihad-Mitglieder getötet, die Raketen auf Israel abfeuern wollten. Das Gesundheitsministerium in Gaza bestätigte, insgesamt seien am Dienstag fünf Palästinenser getötet worden.

Der Dschihad nannte den tödlichen Angriff auf seinen Militärchef eine „Kriegserklärung" Israels, es seien damit „alle roten Linien überschritten" worden. Nach syrischen Angaben wurden bei einem weiteren Angriff der israelischen Luftwaffe auf einen anderen Dschihad-Führer in Damaskus, Akram Al-Adschuri, zwei Menschen getötet. Al-Adschuri selbst sei nur verletzt worden.

Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu beschrieb Abu Al Ata als „den zentralen Verantwortlichen für Terrorattacken aus dem Gazastreifen". Der Militärchef stehe hinter Angriffen mit Hunderten von Raketen und sei dabei gewesen, neue Attacken zu planen. „Er war eine tickende Bombe." Gleichzeitig betonte Netanjahu, Israel sei nicht an einer weiteren Eskalation interessiert. Israels Armeechef Avi Kochavi sagte, notfalls sei das Militär zu weiteren gezielten Tötungen bereit.

Die Eskalation befeuerte die Furcht vor einem neuen Gaza-Krieg. Nach Medienberichten bemühen sich Ägypten und die Vereinten Nationen hinter den Kulissen intensiv um eine Beruhigung der Lage.

Angesichts der Eskalation berief die israelische Armee Reservisten ein. Es handele sich um Hunderte Reservesoldaten, sagte ein Sprecher. Die Nachrichtenseite ynet berichtete, sie gehörten vor allem zur Luftwaffe, dem Militärgeheimdienst und dem Zivilschutz. Der neue israelische Verteidigungsminister Naftali Bennett habe zudem in Regionen mit einer Entfernung von bis zu 80 Kilometern vom Gazastreifen eine „Sonderlage" ausgerufen.

Aus dem Gazastreifen abgefeuerte Raketen schlugen nach israelischen Medienberichten direkt in Häusern in Netivot und Kerem Schalom im Süden Israels sowie auf einer dicht befahrenen Schnellstraße südlich von Tel Aviv ein. Nach Angaben des Rettungsdienstes Magen David Adom erlitten rund 40 Israelis bei Raketenangriffen Verletzungen.

In Israel blieben Schulen und Büros vom Süden bis zum Zentrum geschlossen. Der Zugverkehr nahe dem Gazastreifen wurde laut Medienberichten teilweise gestoppt. Die Armee verlegte nach eigenen Angaben verstärkt Truppen ins Grenzgebiet. Die beiden Grenzübergänge von Israel in den Gazastreifen blieben bis auf weiteres geschlossen.

Die Europäische Union forderte ein sofortiges Ende der Raketenangriffe aus dem Gazastreifen und eine rasche Beruhigung der Lage, um das Leben von Israelis und Palästinensern zu schützen. Die Bundesregierung äußerte sich äußerst besorgt und verurteilte den Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen auf das Schärfste. „Es gibt keine Rechtfertigung für Gewalt gegen unschuldige Zivilisten", hieß es in einer Mitteilung des Auswärtigen Amts.

Der getötete Abu Al Ata war ein Anführer der Al-Kuds-Brigaden, des bewaffneten Arms des Islamischen Dschihad im Gazastreifen. Sie gilt als zweitstärkste Extremistenorganisation nach der islamistischen Hamas. In der Vergangenheit hatten beide Organisationen blutige Terroranschläge in Israel verübt.

In der Vergangenheit hatte Israel immer wieder gezielt militante Palästinenser getötet, darunter Führungsmitglieder der Hamas. Nach dem Gaza-Krieg 2014 hatte das Militär im Rahmen einer Waffenruhe die Praxis weitgehend ausgesetzt.

Eine palästinensische Rakete, die von der Stadt Gaza abgefeuert wird. FOTO: DPA